

## **Schließung der arbeitsmedizinischen Forschung an Universität Wien ist grob fahrlässig**

Utl.: Schaut BM Gehrler zu, wenn Gesundheit der ArbeitnehmerInnen keinen Stellenwert mehr in Österreich hat? =

Wien (GMTN/ÖGB) - "Ausnahmslos alle heutigen und zukünftigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind negativ betroffen, wenn die Wiener Medizin-Universität die Abteilung für Arbeitsmedizin schließt und in diesem Bereich keine Forschung mehr betrieben wird. Das ist das perfekte Kaputtsparen der Universitäten auf dem Rücken der arbeitenden Bevölkerung. Die Gewerkschaften werden bei diesem grob fahrlässigen Vorgehen nicht tatenlos zuschauen", stellt Franz Riepl, Bundessekretär der Gewerkschaft Metall-Textil-Nahrung klar. Er stellt sich damit vehement gegen die Schließungspläne der einzigen klinischen Abteilung für Arbeitsmedizin in Österreich. ++++

Von 440.093 PensionistInnen auf Grund geminderter Arbeitsfähigkeit bzw. Invalidität sind 160.000 wegen Muskel- und Skeletterkrankungen und weitere 65.991 wegen psychiatrischer Erkrankungen in Pension. "Diese Erkrankungen nehmen zu, das ist statistisch bewiesen. Es ist einfach unfassbar, wie locker in Österreich über die Gesundheit und somit Zukunft von Menschen entschieden wird", so Riepl. "Die Medizin-Uni bagatellisierte ihre Sparmaßnahmen auch noch damit, dass eben nicht in allen Disziplinen Spitzenforschung betrieben werden könne. Ich empfehle den Verantwortlichen, mit den arbeitenden Menschen, den ÄrztInnen und auch mit den Gewerkschaften zu sprechen. Dann wird sofort klar sein, warum in der Arbeitsmedizin Forschung heute und in Zukunft unerlässlich ist und ausgeweitet werden muss. Das Aus der arbeitsmedizinischen Forschung ist das Aus für umfassenden Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz - und damit für noch mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein vorzeitiges Aus im Arbeitsleben", kritisiert Riepl.

Arbeitsmedizinische Forschung ausweiten, nicht wegsparen

Die Kernaufgabe der Arbeitsmedizin ist zu erforschen, wie arbeitsbedingte Erkrankungen vermindert und vermieden werden können. Es ist nachgewiesen, dass jährlich bis zu 3,6 Milliarden Euro eingespart werden könnten, wenn Betriebe gesundheitsfördernde Maßnahmen im Betrieb so umsetzen würden, dass sich betroffene

ArbeitnehmerInnen auch aktiv daran beteiligen. "Hier liegt alleine ein Sparpotenzial von 1,4 Milliarden Euro, da vorzeitige Pensionen auf Grund von Erwerbsunfähigkeit verhindert werden", erläutert Riepl.

Arbeitsmedizinische Forschung ist die Grundlage, damit ArbeitsmedizinerInnen die Unternehmen gut beraten können. "Und wenn schon alle Wellen von unseren deutschen Nachbarn über die Grenze zu uns durchschlagen, warum dann nicht die Tatsache, dass es in Deutschland 20 arbeitsmedizinische Universitätsinstitute gibt. Aber es ist ganz klar, dass Deutschland immer nur dann von der Regierung oder der Wirtschaft aus dem Hut gezaubert wird und Vorzeigemodell ist, wenn bei Arbeiternehmerinnen und Arbeitnehmern in Österreich gespart werden kann. Und eine Frage bleibt für mich so und so noch offen: Hat die zuständige Bundesministerin Elisabeth Gehrler die Schließung angeordnet oder schaut sie wieder einmal nur zu?

ÖGB, 25. Juli  
2006

Nr. 506

Rückfragehinweis:

Claudia Felix-Marks, GMTN Presse  
(01) 501 46-241  
www.gmtn.at

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER  
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT \*\*\*

OTS0074 2006-07-25/11:13

251113 Jul 06

Link zur Aussendung:

[http://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20060725\\_OTS0074](http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20060725_OTS0074)